

Offener Brief an den Ministerpräsidenten

Mehr als 240 Unterschriften gegen „Turbo“-Abitur an IGS

Ihre jahrelange frühere Zusammenarbeit in der Schulleitung der IGS Langenhagen haben Inge Collatz (ehem. Didaktische Leiterin) und Dieter Galas (ehem. Schulleiter) erneuert und in ihrem Umfeld Unterschriften unter einen von ihnen entworfenen Offenen Brief an den Ministerpräsidenten gesammelt (siehe Kasten). Mehr als 240 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner fordern darin den Regierungschef „nachdrücklich“ auf, keinen Gesetzentwurf zur Verkürzung der Schulzeit an Gesamtschulen in den Landtag einzubringen und dementsprechend auf die Regierungsfractionen einzuwirken.

Unterschrieben ist der Offene Brief von den ehemaligen Kultusministern Ernst Gottfried Mahrenholz und Rolf Wernstedt, dem Oberbürgermeister von Hannover, Stephan Weil, und dem Präsidenten der Region Hannover, Hauke Jagau. Er trägt ferner die Unterschriften des DGB-Vorsitzenden Hartmut Tölle sowie der

Gewerkschaftsvorsitzenden Eberhard Brandt (GEW), Herbert Grimberg (NGG), Siegfried Sauer (ver.di) und Bernhard Witthaut (GdP). Von der Frankfurter GEW-Zentrale kam Unterstützung mit der Unterschrift von Marianne Demmer. Hinter die Forderung des Offenen Briefes nach Beibehaltung der zurzeit geltenden Regelungen zum Abitur an IGS stellen sich der Landesvorsitzende und der Bundesvorsitzende der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschulen (GGG) sowie der Vorsitzende des Landesschülerrats. In der langen Liste der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner finden sich die schulpolitischen Sprecherinnen der Oppositionsfractionen im Niedersächsischen Landtag: Frauke Heiligenstadt (SPD), Ina Korter (Bündnis 90/Die Grünen) und Christa Reichwaldt (DIE LINKE). Die meisten Unterschriften kommen aus dem Bereich der niedersächsischen Gesamtschulen: Schulleiter(innen), Didaktische Leiter(innen), Lehrkräfte, Eltern,

(ehemalige) Schülerinnen und Schüler. Häufig wird als Zusatz zum Namen „Ehemalige IGS-Schülerin /Mutter von IGS-Schülern“ angegeben.

Neben den Unterschriften von Ärztinnen und Ärzten sowie von Juristinnen und Juristen beeindruckt die Zahl der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die sich an dem Appell an den Ministerpräsidenten beteiligt haben: Prof. Dr. Johannes Bastian (Uni Hamburg), Prof. Dr. Ingrid Classen-Bauer, Prof. Dr. Matthias von Saldern, Prof. Dr. Jörg Ziegenspeck (Uni Lüneburg), Prof. Dr. Günter Warnken (Uni Oldenburg), Prof. Dr. Manfred Bönsch, Prof. Dr. Martin Heinrich, Prof. Dr. Detlef Horster, Prof. Dr. Bernd Janssen, Prof. Dr. Ulf Mühlhausen, Prof. Dr. Oskar Negt, Prof. Dr. Rolf Werning, Prof. Dr. Thomas Ziehe (alle Uni Hannover), Prof. Dr. Andreas Daum (Fachhochschule Hannover). EuW

Offener Brief an Ministerpräsident Christian Wulff

Auf Schulgesetznovelle verzichten

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Wulff, Anlass für dieses Schreiben sind die Beschlüsse Ihrer Regierung vom 24. Februar 2009 („Bildungsland Niedersachsen“), soweit sie die Gesamtschulen betreffen. Zu den anderen Punkten wollen wir uns nicht äußern.

Seit längerem beobachten wir mit Sorge, dass die seit 1971 in Niedersachsen bestehende Schulform Gesamtschule von Ihrer Regierung im Wettbewerb mit den anderen Schulformen des Sekundarbereichs I behindert wird. Gemeint ist zunächst das im Jahre 2003 ergangene schulgesetzliche Verbot, neue Gesamtschulen zu errichten. Dieses Verbot ist zwar im Jahre 2008 aufgehoben worden, den zuständigen kommunalen Schulträgern ist aber gleichzeitig die Errichtung neuer Gesamtschulen durch schulrechtliche Hürden außerordentlich erschwert worden. Wir können überhaupt nicht verstehen, wie man in einer Zeit rückläufiger Schülerzahlen die Mindestgröße für Integrierte Gesamtschulen ohne Ausnahmemöglichkeit

von vier auf fünf parallele Klassen pro Jahrgang heraufsetzen konnte. Pädagogische Gründe dafür gibt es jedenfalls nicht.

Wir halten es für einen Fehler, dass Ihre Regierung am 24. Februar 2009 beschlossen hat, jetzt auch an den Integrierten Gesamtschulen und an den nach Schuljahrgängen gegliederten Kooperativen Gesamtschulen die Schulzeit bis zum Abitur um ein Jahr zu verkürzen. Damit verlieren die Eltern in Niedersachsen die Möglichkeit, für ihre Kinder einen alternativen und weniger stress-beladenen Bildungsweg bis zum Abitur zu wählen. Unsere Einschätzung, dass mit dieser Maßnahme die überall im Lande zu beobachtende steigende Nachfrage nach Gesamtschulplätzen gebremst werden soll, ist sicherlich nicht abwegig. Wir sind davon überzeugt, dass der verkürzte Bildungsweg bis zur Allgemeinen Hochschulreife von einem Teil der Gesamtschülerinnen und -schüler leistungsmäßig problemlos gegangen werden kann. Aber eben nur von einem Teil! Die nieder-

sächsischen Gesamtschulen haben in nun bald 40-jähriger Arbeit gezeigt, dass sie auch den langsamer oder „anders“ lernenden Teil ihrer Schülerschaft zu höherwertigen Abschlüssen führen können. Diesen Schülerinnen und Schülern, auf deren Qualifizierung unsere Gesellschaft nicht verzichten kann, wird durch den Beschluss Ihres Kabinetts künftig das gemeinsame Lernen mit den „Lernstärkeren“ mit der Folge genommen, dass Lernanreize entfallen, Lernmotivation eingebüßt wird und dadurch die Integrationskraft der Gesamtschulen zunichte gemacht wird. Die Verkürzung der Schulzeit wird nämlich unausweichlich dergestalt Rückwirkungen auf die Schuljahrgänge 5 bis 10 haben, dass an der „Integrierten“ Gesamtschule frühzeitig ein gymnasialer Zug eingerichtet werden muss. Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht vergessen darauf hinzuweisen, dass auch die „Lernstärkeren“ vom gemeinsamen Lernen mit anderen profitieren. Wie anders als durch gemeinsames Lernen soll der immer wieder für deutsche Schulen nachgewiesene Zusammenhang zwischen Schulerfolg und sozialer Herkunft aufgebrochen werden? Wir bitten Sie nachdrücklich, keinen Gesetzentwurf zur Verkürzung der Schulzeit an Gesamtschulen in den Landtag einzubringen und dementsprechend Ihren Einfluss auf die Regierungsfractionen geltend zu machen.